



## Herbst 2002: Kontinuität und Neubeginn



Dr. Gunther Lichtblau,  
Vorsitzender der Vertreter-  
versammlung der Kassen-  
zahnärztlichen Vereinigung  
Bayerns und Vorsitzender  
der Vollversammlung der  
Bayerischen Landes Zahn-  
ärztekammer

**L**iebe Kolleginnen  
und Kollegen,

die Koalitionsverhandlungen sind gelaufen. Angesichts kaum abwendbarer Beitragssatzerhöhungen in der Rentenversicherung soll wenigstens der GKV-Beitragssatz stabil gehalten werden. Insofern ist in diesem Bereich mit kurzfristig wirkenden Maßnahmen zu rechnen. Die Rezepte dafür sind uns hinreichend bekannt: Kostendämpfung, Mobilisieren von Wirtschaftlichkeitsreserven, Budgets, qualitätsgesicherte Einzelverträge und Erweiterung der finanziellen Basis der GKV. Für eine weitreichende Umgestaltung des Krankenversicherungssystems ist wohl der Problemdruck im Gesundheitswesen noch nicht groß genug. Die Politik handelt bekanntlich erst, wenn sie in der Sackgasse steckt.

Um so wichtiger war es, daß der Freie Verband in den vergangenen Monaten ein Konzept zur Reformierung des Leistungsbereiches Zahnmedizin in der GKV entwickelt hat. Mit dem „Projekt Zahnheilkunde“ wird aufbauend auf befund- bzw. diagnosebezogenen Festzuschüssen mit Kostenerstattung für jeden Versicherten Zugang zu allen Diagnose- und Therapieverfahren geschaffen. Dabei ist es wesentlich, daß diese Systematik nicht nur auf die Bereiche ZE und KFO anwendbar ist, sondern auf den gesamten zahnmedizinischen Leistungsbereich. Seit August wird aufbauend auf der „Neubeschreibung der präventionsorientierten Zahnheilkunde“ ein Befund- bzw. Diagnosekatalog erarbeitet. FVDZ, BZÄK, KZBV, Fachgesellschaften und Hochschul-lehrer wirken gemeinsam. Wo die Grenze für die Festzuschüsse liegt, muß von der Politik geregelt werden. Die solidarische Finanzierung greift für die sogenannte „need dentistry“, die sogenannte „want dentistry“ bedarf privater Zahlung.

Der FVDZ hat das Projekt Zahnmedizin auf seiner Hauptversammlung verabschiedet, ebenso votierten die Bundesversammlungen von KZBV und BZÄK. Jetzt ist es an der Zeit, das Konzept offensiv in die Parteien zu tragen, wobei es wesentlich ist, daß die Zahnärzteschaft „mit einer Stimme“ spricht. Es gibt Anzeichen, daß mit der SPD ein „Sonderweg Zahnheilkunde“ in Richtung Kostenerstattungs- und Festzuschußmodelle zunächst in Teilbereichen wie ZE, KFO und PA möglich ist. In der zweiten Novemberhälfte werden sich die Jahresversammlungen von KZVB und BLZK ebenfalls intensiv mit dem Thema befundorientierte Festzuschüsse beschäftigen. Es bleibt zu hoffen, daß man auch in Bayern, nach erfolgter Kammerwahl, wieder berufspolitisch an einem Strang zieht.

Das bezieht sich ebenfalls auf einen weiteren Tagesordnungspunkt der KZVB-Vertreterversammlung. Der 1. Vorsitzende der KZVB muß gemäß Satzung, nachdem er im Februar 2002 auch zum Vorsitzenden der Bundes-KZV gewählt worden ist, mit einer Zweidrittel-Mehrheit in seinem Amt in Bayern bestätigt werden. Gerade hier wird sich zeigen, ob man eine starke Vertretung der Zahnärzteschaft wünscht, oder ob allein Verbandsinteressen der Vorzug gegeben wird.

Wichtige Themen der BLZK-Vollversammlung werden die Änderung der Weiterbildungsordnung und die von der Politik geforderte Zwangsf Fortbildung in Zusammenhang mit einer „Rezertifizierung von Ärzten“ sein.

Uns erwartet ein arbeitsreicher und heißer Herbst.

Ihr Gunther Lichtblau